

UNS HAMBURG

SEIT 2015 DEM WOHL DER HAMBURGERINNEN UND HAMBURGER VERPFLICHTET

Foto: www.mediaserver.hamburg.de / A. Vallbracht

Wachstum
stagniert
**Hafen
in Sorge**
Seite 2



Hohe
Kriminalität
**Unsicheres
Leben**
Seite 8



Senat
unter Druck
**Teures
Wohnen**
Seite 9



Liebe
Hamburgerinnen
und Hamburger!



WILLKOMMEN BEI „UNS HAMBURG“:

Sie halten die erste Ausgabe einer neuen Zeitung in den Händen. Mit ihr informiert die AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft künftig über ihre Arbeit und die drängenden politischen Themen der Stadt.

Sie erfahren hier aus erster Hand, welche Alternativen die AfD-Fraktion für Hamburg entwickelt. Wir machen diese Fraktionszeitung, weil sich unsere umfangreiche Arbeit in den Hamburger Medien selten widerspiegelt und Teile dieser Medien nicht neutral über uns berichten.

Mit UNS HAMBURG machen Sie sich künftig Ihr eigenes Bild über uns. Informieren Sie sich, diskutieren Sie mit uns, und seien Sie sich dabei gewiss: Wir arbeiten hart an der Zukunft unserer Stadt.

Damit Hamburg unsere lebenswerte Heimatstadt bleibt.

Ihr

PROF. DR. JÖRN KRUSE
joern.kruse@afd-hamburg.de

P.S. „UNS HAMBURG“ ist kein Schreibfehler, sondern eine kleine platt- und hochdeutsche Würdigung unserer Heimatstadt.

Hamburg – wohin?



Foto: www.mediaserver.hamburg.de / A. Vallbracht

Wir alle lieben Hamburg. Die Alster, die Elbe, die Architektur, das Grün und nicht zuletzt den mitunter frechen Charme der Hamburgerinnen und Hamburger. Und weil wir unsere Heimatstadt so mögen, sehen wir mit Sorge, dass innerhalb ihrer Mauern immer mehr schiefläuft.

Der Hafen leidet, der Verkehr staut sich, und die Schulen ächzen. Das Wohnen in Hamburg wird immer teurer, die soziale Kluft in der Stadt täglich tiefer.

Die Kriminalität ist hoch, Integration funktioniert in der Praxis längst nicht richtig, und trotzdem rollt die Politik tausenden Migranten weiter den roten Teppich aus – mit unvorstellbar hohen Summen aus der Steuerkasse und in vielen Fällen ohne jede Kostenkontrolle. Die herrschende Politik missachtet dabei geltendes Gesetz und führt Abschiebungen nicht aus.

Das Leitbild der „Wachsenden Stadt“ bedroht Grünflächen in der Stadt, schlechte Luft macht Menschen krank, und täglich müssen wir sehen, wie der öffentliche Raum in Hamburg schmutziger wird. Gleichzeitig entstehen immer mehr Orte in der Stadt, wo sich Menschen nicht mehr hintrauen.

Das alles nimmt die AfD-Fraktion nicht als naturgegebene Randerscheinung der Moderne hin. Die AfD-Fraktion möchte, dass unsere Stadt uneingeschränkt lebenswert bleibt. Gute Politik kann das erreichen.

Die AfD-Fraktion setzt sich dafür ein, dass die Menschen in Hamburg eine erfüllte Arbeit, ein gutes Auskommen und ein allzeit sicheres Gefühl haben. So ist garantiert, dass unser Hamburg unsere lebenswerte Heimat bleibt.

PLAKATE DER AFD-FRAKTION

Meinungsvielfalt nur in der Theorie

Meinungsfreiheit und Toleranz scheinen nur zu gelten, wenn sie der eigenen Denkrichtung entsprechen – zu diesem Fazit kommt die AfD-Fraktion mit Blick auf die Zerstörungsquote der Plakate, die sie in der Stadt aufhängt.

„80 Prozent der Plakate, die wir beispielsweise für unsere Veranstaltungsreihe ‚Fraktion im Dialog‘ aufhängen, sind binnen 24 Stunden zerstört“, sagt Dr. Alexander Wolf, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion. Anzeigen bleiben in der Regel wirkungslos und werden zumeist von der Staatsanwaltschaft nicht weiter verfolgt.

Die Plakatzerstörungen zeigen der AfD-Fraktion, dass Weltoffenheit, Meinungsvielfalt und Toleranz zwar propagiert, aber nicht praktiziert werden. Alexander Wolf: „Es ist ein Grundrecht der Demokratie, Meinungen offen sagen zu können. Wer das Grundrecht der Meinungsvielfalt einschränkt, handelt nicht demokratisch.“

HÄRTEFALLKOMMISSION

„Undemokratischer Vorgang“

Ein Beispiel für „undemokratisches Handeln der Altparteien“ sieht die AfD-Fraktion in den Vorfällen rund um die sogenannte Härtefallkommission.

Bereits 15 (!) Mal haben die Vertreter von SPD, CDU, Grünen und FDP den Kandidaten der AfD-Fraktion für die Härtefallkommission nicht gewählt, obgleich der AfD-Fraktion dort ein Sitz zusteht. Ergebnis: Bis heute ist die AfD-Fraktion nicht in dem Gremium mit einem ordentlichen, sondern lediglich mit einem stellvertretenden Mitglied vertreten. Die Kommission berät auf Antrag strittige Fälle, die das Aufenthaltsgesetz betreffen.

„Man hat die AfD-Fraktion seit Beginn der Legislaturperiode in sämtlichen Wahlgängen zur Härtefallkommission durchfallen lassen. Das ist skandalös“, sagt Dr. Alexander Wolf, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion. Dass trotz Freiheit des Mandats verfassungsrechtliche Vorgaben zu beachten seien, werde von den Abgeordneten der anderen Fraktionen der Bürgerschaft ignoriert. Das Ganze sei ein undemokratischer Vorgang, „die ständige Nicht-Wahl rein politisch motiviert“.

Die AfD-Fraktion hat angekündigt, gegen den Ausschluss rechtlich vorgehen zu wollen.

Der Hafen im rot-grünen Würgegriff

Links-grün dominierte Blockadepolitik verhindert die Entwicklung des wichtigsten Industriefaktors



Foto: www.mediaserver.hamburg.de / A. Vahlbracht

Der Hamburger Hafen fällt in der europäischen Bedeutung weiter zurück. Die AfD-Fraktion fordert, Olaf Scholz muss endlich handeln.

Fast 300.000 Arbeitsplätze hängen vom Hafen ab. „Der Hafen ist für Hamburgs Wirtschaft das Zentrum von allem“, betont Dr. Bernd Baumann, Vorsitzender der AfD-Fraktion in der Bürgerschaft.

Umso bestürzender, dass der Hafen im internationalen Wettbewerb verliert: Mittlerweile liegt er in Europa nur noch auf Platz drei, hinter Antwerpen und Rotterdam. Die Gründe für das „Desaster“, so Baumann, sind aus Sicht der AfD-Fraktion Fehler der Hamburger Politik. Schon im Vorgänger-senat von Ole von Beust (schwarz-grüne Koalition) spielten die Grünen ihre fatale Blockaderolle. „Stets schielten sie auf ihre fundamentalistische und öko-ideologische Wählerklientel – und die versteht wenig von Wirtschaft.“ SPD und CDU nahmen das in Kauf – aus Gründen des Machterhalts.

Nach Hamburg kommen die ganz großen Schiffe – und auf die setzen die Reeder zunehmend – schon heute nur noch, wenn sie zuvor einen Hafen der Konkurrenz (!) anlaufen und dort etliche Container von Bord geben, damit sie deutlich weniger Tiefgang haben. „Nur dann kommen sie noch die Elbe hinauf nach Hamburg – und auch das nur in den wenigen Stunden bei Hochwasserflut.“ 14 Jahre Wartezeit auf die Elbvertiefung – und noch immer ist kein Termin in Sicht.

Ein Geflecht strenger EU-Umweltvorgaben kompliziert die Sache. „Das allein ist es aber nicht“, sagt Baumann. „Der Hamburger Hafen wird letztlich dadurch erdröselt, dass ihm linksgrün dominierte Politik alle Ausgleichsflächen vorher wegnimmt, die

er aber rechtlich vor Gericht braucht, um eine Elbvertiefung genehmigt zu bekommen.“ In Antwerpen, Rotterdam und in China wäre es undenkbar, so Baumann, dass ein Landesminister betont, er persönlich wolle ein so entscheidendes Projekt gar nicht. „Hamburgs grüner Senator Kerstan tut das und SPD-Bürgermeister Olaf Scholz nimmt keinen Anstoß daran.“

„Die Welt lacht über den Export-Weltmeister, der seine Waren durch Hamburg nicht vernünftig verschifft bekommt – wegen eines Fenchels“

DR. BERND BAUMANN

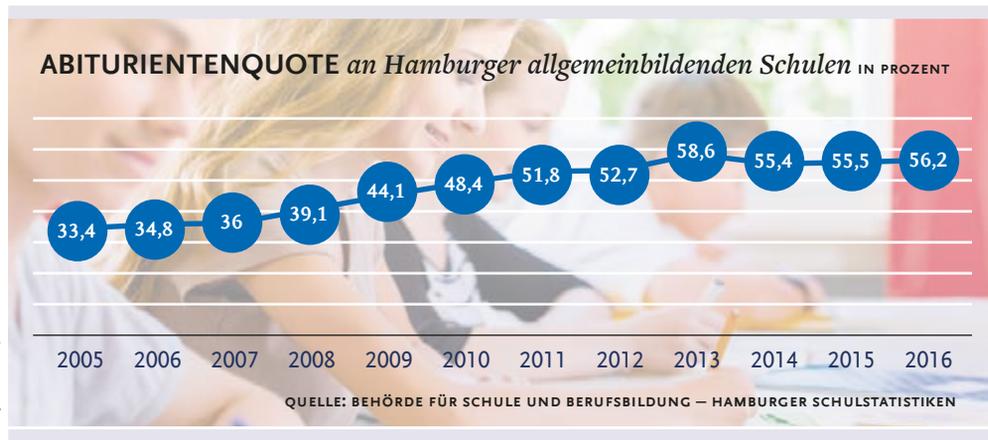
Das geschickte Taktieren von Links-Grün führte dazu, dass ein winziges Pflänzchen wie der Schierlingswasserfenchel wirtschaftliche Großinvestitionen in eine globale Schifffahrtsstraße blockiert. „Die Welt lacht über den Exportweltmeister, der seine Waren nicht vernünftig verschifft bekommt – wegen eines Fenchels“.

Baumann fordert daher Bürgermeister Olaf Scholz auf, „gegen die Grünen hier endlich ein klares Machtwort zu sprechen.“

Hamburger Schulsystem in Schieflage

Abiturinflation, Inklusion mit der Brechstange und weitere Schwächung der Stadtteilschulen

Foto: fotolia.com/Kzenon



Es vergehen kaum ein paar Wochen, ohne dass dem Hamburger Bildungssystem nicht in einer Studie Probleme und Rückstände attestiert werden. Katastrophale Ergebnisse in Mathematik, ein vorletzter Platz im Bundesvergleich in Orthografie und nicht zuletzt immer wieder Klagen von Industrie, Handel und Handwerk über mangelhafte Grundkenntnisse bei Hamburgs Schulabgängern.

Das Hamburger Schulsystem befindet sich in Schieflage“, konstatiert Dr. Alexander Wolf, bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion. Nach Jahrzehnten roter und grüner Bildungspolitik, derzeit unter Olaf Scholz, gerate es immer mehr zur „Spielwiese ideologischer Bildungsexperimente“. Unter den Leitbegriffen von „Schule für alle“, „Inklusion“ und „Kompetenzorientierung“ lernen immer mehr Schüler mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen in einer Schulklasse. Eine begabungsgerechte Förderung sei so kaum noch möglich.

Die grundsätzliche Kritik des AfD-Abgeordneten: Im rot-grünen Hamburger Schulsystem werde das Leistungsniveau immer weiter gesenkt, Bildung inflationär verteilt. Mit Abiturientenquoten von aktuell 56 Prozent werde die allgemeine Hochschulreife entwertet. Wolf hält es für einen „Irrglauben“, dass Kinder mit höchst unterschied-

licher Leistungsbereitschaft und entsprechenden Ergebnissen erfolgreich von einem Lehrer in einer Klasse unterrichtet werden könnten – „das erinnert mich vielmehr an die Dorfschulen früherer Jahrhunderte“, so Wolf.

„Das erinnert an die Dorfschulen früherer Jahrhunderte“

DR. ALEXANDER WOLF

Auch die Inklusion mit der Brechstange – die Integration möglichst aller (auch schwer lernbehinderter) Kinder in Regelklassen – hält die AfD-Fraktion für nicht praktikabel. Diese „falsche Interpretation der UN-Be-

hindertenkonvention“ sauge in den Klassen enorme Ressourcen auf und Sorge dafür, dass das gesamte Niveau sinke, so Wolf. „Falsch verstandene Inklusion hilft keiner Seite.“

Hinzu komme die Beschulung tausender Migrantenkinder, die – nach einem Durchlaufen von „Internationalen Vorbereitungsklassen“ – fast alle an den Stadtteilschulen unterrichtet werden – unabhängig von deren Bleibeperspektive. Das vergrößere nur die Probleme der Stadtteilschulen, die auch deshalb von den Eltern immer seltener angesteuert würden.

Dr. Alexander Wolf fordert darum von einer künftigen Hamburger Bildungspolitik unter anderem:

- homogen zusammengesetzte Lerngruppen
- mehr Differenzierung auf Basis belastbarer Übergangsempfehlungen, gemeinsamer Entscheidung von Schule und Eltern und ggf. zusätzlicher Leistungsüberprüfung
- klare Verankerung von verbindlichen Lerninhalten in den Bildungsplänen für alle Schulformen anstelle von einseitiger Kompetenzorientierung
- höhere Mindestanforderungen für die Gymnasien
- Leistungszentren für besonders lernstarke Schüler
- Inklusion mit Augenmaß
- Erhalt der erfolgreichen Sonderschulen und zusätzlicher Ausbau spezieller Förderschulen
- externe Beschulung von Migrantenkindern, um sie auf die Rückkehr in ihre Heimatländer vorzubereiten, sofern sie keine gesicherte Bleibeperspektive haben

EINGABENAUSSCHUSS

Gesetze nicht außer Kraft setzen

Kennen Sie den Eingabenausschuss? Vielen Hamburgerinnen und Hamburgern mag dieses Gremium kaum bekannt sein.

Der Eingabenausschuss ist eine Einrichtung der Hamburger Bürgerschaft, die allen Bürgern der Hansestadt offensteht. Jeder, der sich von Behörden und Ämtern ungerecht behandelt fühlt, kann

sein Anliegen dem Eingabenausschuss vorbringen. Das Gremium behandelt dann die Eingabe. Damit nimmt die Bürgerschaft ihre Kontrollfunktion gegenüber der Regierung (Senat) wahr. Knapp 1000 Eingaben hat das Gremium 2016 entschieden. Fast die Hälfte der Fälle machen Ausländerangelegenheiten aus, nämlich Beschwerden über ausländerrechtliche Entscheidungen der Behörden.

Für die AfD-Fraktion arbeitet der Abgeordnete Dr. Joachim Körner im Eingabenausschuss. Dem Mathematiker

und Mediziner ist es dabei ein wichtiges Anliegen, dass Gesetze und Regeln nicht außer Kraft gesetzt werden. Körner: „Bei allem Verständnis für die individuellen Wünsche einzelner Bürger müssen auch bürgerliche und staatliche Interessen gewahrt bleiben.“

Wer eine Eingabe machen will, kann sich vorbereitend an Dr. Joachim Körner wenden, Kontaktdaten finden Sie auf Seite 7.

EINE EINGABE KANN AUCH ONLINE ERFOLGEN:
www.hamburgische-buergerschaft.de/

BÜRGERSCHAFT Gekommen, um zu bleiben

Nach dem Einzug in die Hamburgische Bürgerschaft musste sich die AfD-Fraktion zunächst konstituieren und die Arbeitsfähigkeit herstellen. In den vergangenen fast 30 Monaten hat die Fraktion über 100 Anträge sowie mehr als 550 Kleine Anfragen gestellt. Die Kleinen Anfragen sind das schärfste Schwert der Opposition: Der Senat muss – rechtlich gesehen – die Anfragen beantworten. Häufig geschieht dies jedoch nur mangelhaft: So kann dieses Schwert der Opposition schnell an der Arroganz der Macht des rotgrünen Senates stumpf werden. Klar ist: Die AfD-Fraktion hat die an sie gestellten Herausforderungen angenommen und gelöst. Sie ist in der Hamburgischen Politik angekommen.

AFD-FRAKTION WIRKT Erst ablehnen, dann abkupfern

8. November 2016: Antrag der AfD-Fraktion für den Weiterbetrieb der S-Bahn-Baureihe 472 – Die Bürgerschaft lehnt ab.

1. Dezember 2016: Antrag von SPD und Grünen-Parlamentariern zum Weiterbetrieb der S-Bahn-Baureihe 472 – Die Bürgerschaft stimmt zu. Das Beispiel zeigt aus Sicht der AfD-Fraktion, welche grotesken Züge der Umgang der Altparteien mit der AfD-Fraktion angenommen hat. Sinnvolle Anträge würden abgelehnt, nur weil sie aus einer politisch missliebigen Ecke kämen, sagt AfD-Bürgerschaftsabgeordneter Detlef Ehlebracht. „Dass die etablierten Parteien unsere Anträge immer direkt ablehnen, nur weil AfD draufsteht, daran haben wir uns schon gewöhnt.“ Als AfD-Fraktion freue man sich jedoch immer, wenn die anderen Parteien „ihre ideologischen Scheuklappen“ zumindest zeitweise ablegten und richtige Forderungen in eigene Anträge übernehmen. Für die AfD-Fraktion komme es nicht auf den Absender der Anträge an, sondern auf die Wichtigkeit des Anliegens im Sinne der Bürger, so Ehlebracht. Seine Bilanz: „AfD-Fraktion wirkt.“

„Rot-Grün gibt sehr gerne Geld aus“

Braucht die Stadt mehr als 500 eigene Unternehmen?



Foto: fotolia.com/Gina Sanders

Wie steht es um die Hamburger Finanzen? Ein Interview mit Andrea Oelschläger, finanzpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft.

Frau Oelschläger, wie bewerten Sie die Hamburger Finanzpolitik?

Oelschläger: Vordergründig geht es Hamburgs Finanzen gut – bei näherem Hinsehen wird jedoch klar, dass der Finanzsenator stark von der guten Konjunkturlage und den historisch niedrigen Zinsen profitiert. Sobald die Steuereinnahmen wieder zurückgehen oder sich der Zinssatz normalisiert, wird deutlich werden, dass eine Konsolidierung des Haushaltes versäumt wurde.

Welche Risiken sehen Sie?

Oelschläger: Neben den genannten Faktoren Zinshöhe und Konjunktur bildet Hamburg trotz Umstellung auf die sogenannte Doppik – die kaufmännische Buchhaltung – noch längst nicht alle Verbindlichkeiten und Risiken ab: Beispielsweise werden Überstunden im öffentlichen Dienst nicht als Verbindlichkeiten ausgewiesen. Außerdem stehen die Risiken der HSH Nordbank wie ein rosa Elefant mitten im Haushaltsraum.

Das sind ja zumindest teilweise Altlasten. Was könnte der Senat denn finanzpolitisch aktuell besser machen?

Oelschläger: Zuerst: Auch Risiken aus Altlasten müssen berücksichtigt werden. Alles andere ist unverantwortbar. Rot-Grün gibt außerdem sehr gerne Geld aus – und zwar häufig für ausgesprochenen Unsinn. Teilweise bricht sich auch überwunden geglaubter roter Filz wieder Bahn, wenn für das rot-grüne Prestigeprojekt einer Verteilung der Flüchtlingsunterbringungen auf alle Stadtteile Mondpreise bezahlt werden. In Volksdorf warnte sogar der Hausjustitiar vor dem Abschluss eines völlig überhö-

hten Mietvertrags für ein Grundstück – der SPD-Fraktionsvorsitzende Dressel drückte es trotzdem durch. Das ist schon skandalös und wird auch noch rechtlich und politisch aufzuarbeiten sein. Generell belastet die Flüchtlingsversorgung den Haushalt mehr als notwendig.

„Städtische Reinigungsunternehmen oder Investments in Hafenanlagen am Schwarzen Meer – das tut dem Markt nicht gut.“

ANDREA OELSCHLÄGER

Sie sprechen hier indirekt das städtische Unternehmen fördern&wohnen an. Wie bewerten Sie das unternehmerische Engagement der Stadt?

Oelschläger: Hamburg entwickelt sich immer mehr zum Unternehmer, „fördern&wohnen“ ist da nur ein Beispiel. Ich halte es für fragwürdig, ob es für die Erfüllung der städtischen Aufgaben tatsächlich mehr als 500 eigene Unternehmen und Beteiligungen im In- und Ausland braucht, die zum Teil der privaten Wirtschaft Konkurrenz machen. Städtische Reinigungsunternehmen oder Investments in Hafenanlagen am Schwarzen Meer – das tut dem Markt nicht gut. Und wenn die Hamburger Stadtreinigung 500 neue Mitarbeiter einstellen soll, dann kommt schon die Vermutung auf, dass hier versucht wird, Asylbewerber in Lohn und Brot zu bekommen.

Senat mit DITIB auf Irrfahrt

Beim Thema Islam handelt der Senat in politischer Naivität

Der Senat unterschätzt und verkennt die Gefahren, die in Hamburg von einem radikalen, ferngesteuerten Islam ausgehen und gefährdet damit die Sicherheit und das gedeihliche Zusammenleben der Bürger dieser Stadt. Das ist die zentrale Kritik der AfD-Fraktion an der aktuellen Politik des Hamburger Senats und an Parteien in der Bürgerschaft, die diese Politik unterstützen.

Der Senat macht eine Islam-Politik, die von großer Naivität geprägt ist. Und obwohl immer mehr Fakten zur Umkehr aufrufen, ist der Senat nicht in der Lage, endlich seinen Kuschelkurs gegenüber dem politischen Islam in Hamburg einzustellen und die Probleme realistisch zu sehen“, sagt Prof. Jörn Kruse, Vorsitzender der AfD-Fraktion in der Bürgerschaft.

Es gehe nicht um den Islam als Religion, sondern um den Islam als totalitäre Ideologie, die intolerant und aggressiv gegenüber der Mehrheitsgesellschaft auftrete. In diesem Zusammenhang weist Kruse vor allem auf die Fakten für Hamburg hin: Die Zahl der dem Verfassungsschutz bekannten Salafisten steigt von Monat zu Monat. Seit dem 11. September 2001 gilt Hamburg als Rückzugsraum internationaler Dschihadisten. Festnahmen wie im Frühjahr in Eimsbüttel zeigen, dass die Bedrohung durch radikale Muslime noch immer nicht neutralisiert ist, sondern stattdessen immer konkreter wird.

Der Fraktionsvorsitzende wirft dem Senat vor, dass man aus „falsch verstandener Religionsfreiheit“ zugelassen habe, wie sich mitten in Hamburg unter Muslimen soziale Milieus bilden, deren Angehörige das Fundament der freiheitlichen demokratischen Grundordnung längst verlassen hätten. Kruse: „Was da zugelassen wird, ist hochgradig integrationsfeindlich.“

Ein Beleg für die Irrfahrt des Senats in Sachen Islam ist für den Fraktionsvorsitzenden das sture Festhalten von Olaf Scholz an Staatsvertrag mit der islamischen Religionsorganisation DITIB. Längst

sei bekannt, dass die DITIB von der türkischen Religionsbehörde Diyanet aus Ankara (und damit von Autokrat Erdogan) ferngesteuert werde. Aus den Reihen von DITIB kämen immer wieder radikale integrationsfeindliche Äußerungen. Nicht umsonst beobachte der Hamburger Verfassungsschutz die Wilhelmsburger DITIB-Muradiye-Moschee. Nach Spionage-Vorwürfen ermittle auch die Staatsanwaltschaft gegen DITIB.

„Es geht nicht um den Islam als Religion, sondern um den Islam als totalitäre Ideologie.“

PROF. JÖRN KRUSE

Vor allem aber, so Kruse, vertrete DITIB nur einen geringen Teil der Muslime und insbesondere die Radikalen unter ihnen.

Die klare Forderung der AfD-Fraktion lautet darum, den Staatsvertrag der Hansestadt Hamburg mit DITIB aufzukündigen und stattdessen mit den Muslimen in Hamburg in einen Dialog zu treten, „um noch zu retten, was zu retten ist“. Und dabei, so Prof. Jörn Kruse, solle die Stadt ein klares Signal aussenden: „Wir reden nicht über Religion, sondern über ein besseres Miteinander. Und das ist vor allem die Aufgabe derer, die aus anderen Kulturen nach Hamburg gekommen sind und hier bleiben wollen.“



Die Muradiye-Moschee des DITIB in Wilhelmsburg: Vom Verfassungsschutz beobachtet, trotzdem hält der Senat am Staatsvertrag mit DITIB fest.

FRAKTION IM DIALOG

Themen aus der Praxis

„Fraktion im Dialog“ heißt die erfolgreiche Veranstaltungsserie der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft. In der Regel einmal im Monat lädt die AfD-Fraktion zu einer politischen Diskussionsveranstaltung in ein. Bei der Veranstaltung im Hamburger Rathaus gibt es Informationen aus erster Hand – von Fraktionsmitgliedern und Gästen: „Wir wählen bewusst Referenten aus, die aus der Praxis berichten“, sagt Prof. Jörn Kruse, Fraktionsvorsitzender der AfD-Fraktion. 130 Gäste kommen im Schnitt zu den kostenlosen Veranstaltungen, bei Alexander Gauland waren es 480 Besucher.

Wer über anstehende Veranstaltungen informiert sein will: Der Newsletter der AfD-Fraktion hält auf dem Laufenden und verlinkt zur obligatorischen Anmeldung: afd-fraktion-hamburg.de/newsletter

Nächste Highlights von „Fraktion im Dialog“:

14. Sept.: Prof. Jörg Meuthen
27. Aug.: Frauke Petry

BÜRGERHAUS

Verfassungsfeinde, ja – AfD-Fraktion, nein

Im Bürgerhaus Wilhelmsburg tagen Verfassungsfeinde, der AfD hingegen werden Veranstaltungen untersagt. „Eine absurde Situation“, fasst AfD-Fraktionsvorsitzender Prof. Jörn Kruse zusammen. „Einerseits sollen die Bürgerhäuser für Demokratie, Vielfalt und Toleranz stehen und ein Ort der Begegnung sein. Andererseits erhält die AfD als gewählte und demokratisch legitimierte Partei keinen Zutritt.“

Der Stiftungsrat des öffentlich finanzierten Bürgerhauses hatte Anfang 2017 der AfD-Fraktion mitgeteilt, dass das Bürgerhaus Wilhelmsburg der AfD zu keinem Zeitpunkt Räume zur Verfügung stellen werde. Das Bürgerhaus wird jährlich mit fast 500.000 Euro Steuermitteln finanziert.



Prof. Dr. Jörn Kruse (68) *Prof. der Wirtschaftswissenschaften (em.)*

FRAKTIONSVORSITZENDER

- SCHWERPUNKTE:** Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Verfassung, Islam
HEIMATSTADTTEIL: Eppendorf
POLITISCHES MOTTO: Selbst denken! Nicht glauben, sondern analysieren!
 Auch gegen die Meute entscheiden!
LIEBLINGSRESTAURANT: „Hellas-Stuben“, „Poletto Winebar“, „Brasserie im Elysee“
LIEBLINGSPLATZ IN HH: Eppendorfer Landstraße
KONTAKT: 🏠 Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg



Dr. Bernd Baumann (59) *Volkswirt und Kaufmann*

FRAKTIONSVORSITZENDER

- SCHWERPUNKTE:** Einwanderungspolitik, Arbeit und Soziales, Wirtschaft
HEIMATSTADTTEIL: Othmarschen
POLITISCHES MOTTO: Unser Land braucht uns dringender, denn je zuvor.
LIEBLINGSRESTAURANT: Vorzügliche Küche meiner Frau (selten Zeit, essen zu gehen)
LIEBLINGSPLATZ IN HH: Rathaus mit Bürgerschaft
KONTAKT: 🏠 Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
 ☎ 040 42831-2518 ✉ bernd.baumann@afd-hamburg.de



Dr. Alexander Wolf (50) *Rechtsanwalt für Wirtschaftsrecht*

PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER

- SCHWERPUNKTE:** Bildung/Schule, Einwanderungspolitik, Europa und Außenpolitik
HEIMATSTADTTEIL: Harvestehude
POLITISCHES MOTTO: Gesunder Menschenverstand statt Ideologie
LIEBLINGSRESTAURANT: „Gosch“ in Scharbeutz
LIEBLINGSPLATZ IN HH: Im Segelboot auf der Alster
KONTAKT: 🏠 Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
 ☎ 040 42831-2518 ✉ alexander.wolf@afd-hamburg.de



Dirk Nockemann (56) *Senator a.D.*

STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDER

- SCHWERPUNKTE:** Sicherheit, Justiz
HEIMATSTADTTEIL: Bergedorf
POLITISCHES MOTTO: Mehr Vernunft in der Politik
LIEBLINGSRESTAURANT: Meine Küche
LIEBLINGSPLATZ IN HH: Mein Platz in der Bürgerschaft
KONTAKT: 🏠 Schmiedestr. 2, 20095 Hamburg
 ☎ 0151 5775 2680 ✉ dirk.nockemann@afd-hamburg.de

Detlef Ehlebracht (54) *Fachinformatiker*

VIZEPRÄSIDENT DER HAMBURGISCHEN BÜRGERSCHAFT

- SCHWERPUNKTE:** Verkehr und Stadtentwicklung
- HEIMATSTADTTEIL:** Finkenwerder
- POLITISCHES MOTTO:** Geht nicht, gibt's nicht. Es ist oft nur eine Frage des Willens.
- LIEBLINGSRESTAURANT:** „Storchennest“ in Finkenwerder, „Seabreeze“ in Buxtehude, „Das Dorf“ in Hamburg
- LIEBLINGSPLATZ IN HH:** Bei mir im Garten (oder auf dem Vorland in Finkenwerder)
- KONTAKT:** 🏠 Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
☎ 040 42831-2353 ✉ detlef.ehlebracht@afd-hamburg.de



Dr. Dr. Joachim Körner (70) *Mediziner und Mathematiker*

MITGLIED DER FRAKTION

- SCHWERPUNKTE:** Eingabenausschuss, Härtefallkommission, Enquete-Kommission Gesundheit, Familie, Kinder
- HEIMATSTADTTEIL:** Wandsbek
- POLITISCHES MOTTO:** Die zahlreichen Vertragsbrüche im Rahmen der Europolitik, die Einwanderungspolitik, der Abbau der Rechtsstaatlichkeit sowie die Diffamierung der Andersdenkenden sind unverzeihlich.
- LIEBLINGSRESTAURANT:** „Block House“
- LIEBLINGSPLATZ IN HH:** Im Boot auf den Alsterkanälen
- KONTAKT:** 🏠 Schmiedestr. 2, 20095 Hamburg
☎ 0176 52132262 ✉ joachim.koerner@afd-hamburg.de



Andrea Oelschläger (52) *Steuerberaterin*

MITGLIED DER FRAKTION

- SCHWERPUNKTE:** Haushalt, Umwelt und Energie, Protokollführerin im Ausschuss öffentliche Unternehmen, Steuern und Finanzen, religionspolitische Sprecherin, tierschutzpolitische Sprecherin, Mitglied im Energienetzbeirat (Vertreter).
- HEIMATSTADTTEIL:** Wandsbek (Farmesen-Berne)
- POLITISCHES MOTTO:** Das Geld des Steuerzahlers darf nie verschwendet werden.
- LIEBLINGSRESTAURANT:** Meine eigene Küche, weil ich dort von aramäisch bis zypriotisch alles kochen kann, was mir schmeckt.
- LIEBLINGSPLATZ IN HH:** Hamburg ist von Altona bis Wandsbek spannend. Besuchern zeige ich gern den Ohlsdorfer Friedhof, denn mit 389 Hektar ist er der größte Parkfriedhof der Welt.
- KONTAKT:** 🏠 Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
☎ 0152 03255970 ✉ andrea.oelschlaeger@afd-hamburg.de



Kriminalität – die Fakten:

50 TASCHENDIEBSTÄHLE PRO TAG

Die Polizei in Hamburg zählt für das vergangene Jahr 239.230 Straftaten. Es wurden 18.456 Taschendiebstähle bekannt, 7.510 Wohnungseinbrüche und 10.484 Rauschgiftdelikte. Jeden Tag werden in Hamburg fast 50 Fahrräder als gestohlen gemeldet. Gesamtzahl 2016: 17.485. 2016 wurden 15 Menschen in der Stadt ermordet..

Die Tendenz in den offiziellen Zahlen der Polizei: Die Gesamtzahl der Straftaten nimmt ab (minus 1,9 Prozent), die Aufklärungsquote steigt von 43,8 auf 44,8 Prozent.

Bei der Verteilung der Straftaten zeigt sich: Die Zahl der Diebstähle (bis auf Fahrräder) geht zurück, die Fallzahlen bei Gewaltdelikten, Drogenvergehen und sexuellen Beleidigungen steigen. Diebstahl macht mit 49 Prozent immer noch fast die Hälfte aller Straftaten aus.

HOHER ANTEIL AUSLÄNDISCHER VERDÄCHTIGER

47,4 Prozent (+ 6,3 Prozent) aller Tatverdächtigen in Hamburg waren 2016 Nichtdeutsche, 52,6 Prozent Deutsche. Der Anteil Nichtdeutscher an der Gesamtbevölkerung in Hamburg liegt aktuell bei 14,7 Prozent. Inhaber eines Doppelpasses werden in der Polizeistatistik als Deutsche gewertet.

Bei der Langzeitbetrachtung ist im Vergleich der letzten zehn Jahre eine klare Tendenz zu erkennen: In fast allen Bereichen steigt der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger an, während der Anteil an deutschen Verdächtigen zurückgeht. In einigen Deliktbereichen, etwa bei Raub und Diebstahl, sind seit etwa zwei Jahren die ausländischen Tatverdächtigen sogar in der deutlichen Mehrheit. Anders gesagt: Wurden bis vor wenigen Jahren noch in vielen Bereichen Straftaten in Hamburg mehrheitlich von Deutschen begangen, sind es heute mehrheitlich Ausländer. Besonders eklatant ist das beim Taschendiebstahl: Hier standen 2016 160 deutschen Tatverdächtige 682 nichtdeutsche gegenüber. 2007 war das Verhältnis noch 94 zu 157.

19 PROZENT SIND ILLEGALE

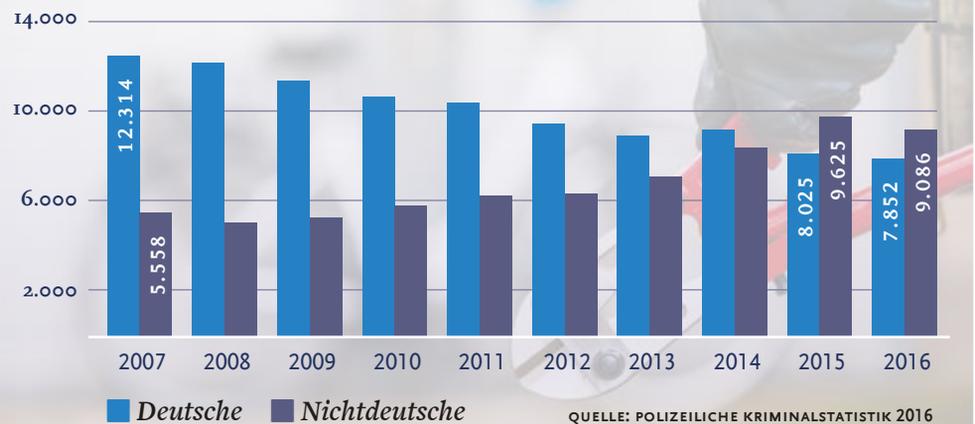
Von den 35 497 nichtdeutschen Tatverdächtigen in Hamburg hielten sich 6.681 Personen unerlaubt in der Bundesrepublik Deutschland auf. Das bedeutet: fast jeder fünfte Tatverdächtige war ein Illegaler. Dieser Anteil ist gegenüber 2015 um 25 Prozent gestiegen.

Der Anteil der Asylbewerber unter den Tatverdächtigen lag bei 14 Prozent (4.949 Personen). Ihr Anteil gegenüber dem Vorjahr wuchs um 25 Prozent. Der Anteil der Asylbewerber an der Bevölkerung Hamburgs liegt derzeit bei ca. 2,7 Prozent.

„Die Kriminalität bleibt zu hoch“

Dirk Nockemann: Die Polizei wurde jahrelang vernachlässigt

DIEBSTÄHLE Verteilung deutsche/nichtdeutsche Tatverdächtige der letzten 10 Jahre in Hamburg



Die Zeiten ändern sich: Waren in Hamburg vor zehn Jahren noch überwiegend Deutsche des Diebstahls verdächtig, sind es heute Nichtdeutsche.

Die innere Sicherheit in Hamburg ist nicht gewährleistet. Die Gefahr für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, Opfer einer Straftat zu werden, ist nach wie vor hoch.

Für den innenpolitischen Sprecher der AfD-Fraktion in der Bürgerschaft ist der Rückgang der angezeigten Straftaten in Hamburg um zuletzt 1,6 Prozent kein Anlass zur Freude. Dirk Nockemann: „Auch wenn die Zahlen in manchen Bereichen zurückgehen – in anderen Bereichen steigen sie, und insgesamt bewegt sich Hamburg in Sachen Kriminalität immer noch auf einem viel zu hohen Niveau.“ Hamburg ist nach der jüngsten bundesweiten Polizeistatistik eine der unsichersten Großstädte Deutschlands und hat sich damit in den letzten Jahren verschlechtert.

Mitschuld am Defizit in Sachen Sicherheit trägt aus Sicht der AfD-Fraktion die nicht nachhaltige Politik des Senats. Jah-

relang wurden Polizeistellen abgebaut, die Hamburger Polizei schiebt 1.000.000 Überstunden vor sich her, ihre Ausrüstung ist alles andere als auf dem neuesten Stand. Nockemann: „Wer die Polizei über Jahrzehnte vernachlässigt, bekommt mehr Kriminalität.“

Dass der Senat nun zum Jahr 2021 zusätzliche 500 Polizisten auf die Straßen schicken will, beruhigt den Innenpolitiker nicht. Nur 300 Stellen davon seien neu, 200 Polizisten würden aus dem Innendienst abgezogen werden und fehlten dann dort.

Die AfD-Fraktion hat eine Reihe von Vorschlägen gemacht, um die Situation der Polizei in Hamburg zu verbessern: So soll unter anderem der Senat zwei Millionen Euro bereitstellen, um die Überstunden der Polizei abzugelten, außerdem fordert man weitere Neu-Einstellungen bei der Polizei und auch bei der Justiz.

45 PROZENT MEHR VERDÄCHTIGE AUS AFGHANISTAN

Beim Blick auf die Staatsangehörigkeit der nichtdeutschen Tatverdächtigen steht Afghanistan oben auf der Liste. Gefolgt von Polen, Türkei, Rumänien, Syrien, Iran, Albanien, Serbien, Bulgarien, Irak und Ghana. Auffallend hier: Im Vergleich zum Vorjahr gab es 2016 aus Ländern wie Polen, Türkei und Serbien weniger Tatverdächtige, einen steigenden Anteil hingegen haben alle klassischen „Flüchtlingsländer“. Die Zahl der afghanischen Tatverdächtigen stieg um 45 Prozent, Iran 67 Prozent, Irak 129 Prozent.

AUFKLÄRUNG: HAMBURG SCHNEIDET SCHLECHT AB

Bei der Aufklärungsquote schneidet Hamburg im Vergleich zu anderen Bundesländern schlecht ab. Nur 43 Prozent* aller Straftaten werden in der Hansestadt aufgeklärt, das ist bundesweit der vorletzte Platz. Diese schlechte Bilanz betrifft nahezu alle Deliktgruppen: Sachbeschädigung, Betrug, Diebstahl. Dramatisch schlecht ist in Hamburg die Aufklärungsquote des Diebstahls von Fahrrädern: Sie lag 2016 bei 3,9 Prozent. Das bedeutet: Von 100 Fahrrad-Diebstählen bleiben 96 ungesüht.

*Unterschiedliche Zählweise der Polizei für Städte und Länder

Wohnen muss bezahlbar bleiben

AfD-Fraktion fordert: Mehr Mietwohnungen und mehr Wohneigentum für alle Einkommensgruppen

Besonders für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen wird das Leben in Hamburg teurer und teurer. Und was unternimmt der Hamburger Senat dagegen? Aus Sicht der AfD-Fraktion nicht genug, bei Anwendung falscher Mittel.

Die Zauberformel laut Regierung heißt: Effizienzwohnungsbau. „Aber Wunschdenken wird uns nicht retten“, sagt Detlef Ehlebracht, wohnungsbaupolitischer Sprecher der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft. Bauseitig die Energiesparmaßnahmen und Qualitätsansprüche zu erhöhen und andererseits Preise von acht Euro pro Quadratmeter Kaltmiete anbieten zu wollen, „das ist die Quadratur des Kreises“.

„Der Senat agiert sehr einfallslos und wenig innovativ“

DETLEF EHLEBRACHT

Tatsächlich lägen die Quadratmeterpreise im Schnitt oberhalb 5000 Euro pro Quadratmeter für Eigentum und bei 12 Euro pro Quadratmeter für Mietwohnungen, in manchen Stadtteilen deutlich darüber. Es reiche auch nicht, so Ehlebracht, nur die Anzahl an Sozialwohnungen zu erhöhen, denn 360.000 Berechtigten stünden derzeit rund 120.000 öffentlich geförderte Wohnungen gegenüber.

Zusätzlich werde verschwiegen, dass die Bindungsfristen für Neubauwohnungen

neuerdings kürzer ausfallen als früher und von 2015 auf 2016 mehr Wohnungen aus der Bindung gefallen sind als nachgebaut wurden. Ehlebracht: „Das bedeutet, dass der Bestand angeforderten Wohnungen abnimmt.“

„Die Lage ist dramatisch, und der Senat agiert sehr einfallslos und wenig innovativ“, bilanziert Detlef Ehlebracht. „Nur auf den Bau von öffentlich geförderten Wohnungen zu setzen, ist eindimensional. Besser wäre, wenn das Wohngeld einen ganz anderen Stellenwert bekommen würde. Bedürftigkeit wird dabei so lange wie notwendig unterstützt.“ Derzeit gebe es viele tausend Fehlbelegungen von öffentlich geförderten Wohnungen. Ein System, in dem das Wohngeld eine tragende Rolle spielt, kenne diesen großen Nachteil nicht.

Ein weiteres Gegenrezept der AfD-Fraktion: Hamburgern mehr Eigentum ermöglichen – mit der Senkung der Erwerbskosten und mit Hilfe der Hamburgischen Investitions- und Förderbank IFB. Die AfD-Forderung lautet: „Sozial-Eigentumswohnungen statt Sozial-Mietwohnungen.“ Nie sei aufgrund günstiger Zinsen und sprudelnder Steuern die Gelegenheit günstiger gewesen als heute. Baugemeinschaften seien massiv zu fördern, beginnend mit der Bevorzugung beim Verkauf von öffentlichen Grundstücken, sagt Ehlebracht.

„Die Wohneigentumsquote liegt in Hamburg bei nur 25 Prozent, im Bundesdurchschnitt bei 45 Prozent“, das zeige laut Ehlebracht den Nachholbedarf: „Der rot-grüne Senat zementiert Hamburg als Mieterstadt. Dabei ist Eigentumsbildung der beste Schutz vor steigenden Mieten und Altersarmut.“



Wohnen in Hamburg wird ungebremst teurer. Gegenmaßnahme der AfD-Fraktion: Eigentum statt Miete.

„Es geht darum, die Verwahrlosung Hamburgs zu stoppen“

Die AfD-Fraktion lehnt die neue vom Senat beschlossene Reinigungsgebühr ab. „Angesichts von Rekordsteuereinnahmen darf man Mieter und Eigentümer nicht noch weiter belasten“, sagt Andrea Oelschläger, finanzpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion in der Bürgerschaft.

Die vom grünen Umweltsenator Jens Kerstan angestoßene neue Gebühr führe nun zu einer Doppelbelastung vieler Bürger, denn jeder Anwohner an den vielen Straßen im Hamburger Wegereinigungsverzeichnis bezahle bereits für die verpflichtende Gehwegreinigung durch die Stadtreinigung, sagt AfD-Abgeordneter Detlef Ehlebracht. „Die Straßenreinigungsgebühr des grünen Umweltsenators ist reine Abzocke.“

Die AfD-Fraktion beklagt gleichwohl eine zunehmende „Verwahrlosung der Stadt“, so Ehlebracht. Abfall in Parks, Fahrradskelettan Gehwegen, vermüllte Bahnhänge, zugekleis-

terte Ampelanlagen und Laternenpfähle – derlei Zustände werden vom Senat als zu akzeptierender Bestandteil bestimmter (Kultur-)Kreise angesehen und seien eine unabänderliche Randerscheinung einer Großstadt.

„Seit Auflösung der Ordnungsdienste auf Bezirksebene lebt es sich als Müllsünder in Hamburg ungeniert“, konstatiert die AfD-Abgeordnete Andrea Oelschläger. Die AfD-Fraktion habe darum vorgeschlagen, rund 500.000 Euro in die jährliche Reinigung von Parks und Grünanlagen zu investieren. Das Geld hätte aus Einsparungen der Subventionen für die „Kulturfabrik Kampnagel“ kommen sollen. Nahezu



11,8 Millionen Euro Subvention für zwei Spielzeiten seien zu viel. Jede Eintrittskarte werde mit 51 Euro Steuergeldern finanziert. Andrea Oelschläger: „Das eingesparte Geld hätte allen Hamburgern zu Gute kommen sollen. Der Antrag wurde in der Bürgerschaft abgelehnt.“

Zahlen statt Worte



60.126

KINDER wachsen in Hamburg in einer Hartz-IV-Familie auf (Stand Ende 2016). Das sind 19 Prozent aller Minderjährigen, 0,5 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr.



16

DURCHSCHNITTliche JAHRESGehälter muss man in Hamburg komplett zur Seite legen, um sich eine 100 Quadratmeter große Wohnung leisten zu können.



730

SALAFISTEN zählte der Hamburger Verfassungsschutz im April 2017. 60 mehr als noch einige Monate zuvor. Die Zahl der sogenannten Dschihadisten (gewaltbereit) stieg von 320 auf 360.



77,3

PROZENT der Achtklässler an Hamburgs Stadtteilschulen erfüllen laut Kermit-Studie nicht den Mindeststandard für den Realschulabschluss.



900.000.000

EURO gab der Hamburger Senat 2016 für Asylbewerber und illegale Migranten aus.



5.600

EURO kostete 2016 allein der Sicherheitsdienst für jeden einzelnen Asylbewerber in Hamburg.

720.000.000

EURO gab der Hamburger Senat 2016 für Kinderbetreuung aus.



53

TAGE WARTEZEIT meldet am 19. April 2017 die Online-Terminvergabe des Bezirksamtes Eimsbüttel für die Verlängerung eines Personalausweises.



43

PROZENT der 2016 in Hamburg durch die Polizei erfassten Tatverdächtigen haben nicht die deutsche Staatsbürgerschaft.



287

MINDERJÄHRIGE ASYLBEBWERBER sind 2016 in Hamburg untergetaucht.



6,39

AUTOS wurden 2016 jeden Tag in Hamburg gestohlen.

14,7

PROZENT der Hamburger Bürger haben nicht die deutsche Staatsbürgerschaft.



85.621,90

EURO kostet die vom städtischen Wohnungsunternehmen SAGA geplante „künstlerische“ Vergoldung einer Hausfassade in Wilhelmsburg.

Asyl: „Es fehlt an passenden Jobs“

Integrationsproblem im Kern kaum lösbar – 6.000 abgelehnte Asylbewerber nicht abgeschoben



528 Wohncontainer für 720 Asylbewerber in der Hafencity.
Reine Baukosten: Mehr als 24 Millionen Euro.

Ende 2017 werden rund 60.000 Migranten als „Flüchtlinge“ in Hamburg leben. „Mehr als 6.000 sind längst ausreisepflichtig, werden aber nicht abgeschoben – selbst wenn es sich um aktenkundige Straftäter handelt“, kritisiert der AfD Fraktionsvorsitzende Dr. Bernd Baumann.

2016 wollte Hamburg offiziell 1.814 Personen abschieben. Bei 1.009 „mislang“ dies, heißt es. Über den neuen „Abschiebegewarhsam“ am Flughafen führte Hamburg im ersten Quartal ganze sechs Migranten zurück. Betriebskosten allein dieser Einrichtung: 1,2 Millionen Euro jährlich.

Die gesamte Flüchtlingsunterbringung ließ sich Hamburg – allein im vergangenen Jahr – rund eine Milliarde Euro kosten, bei einem Gesamtetat der Stadt von gut 13 Milliarden. Baumann: „Was

hätte man mit dieser Milliarde für ganz Hamburg alles machen können oder aber auch an echter Hilfe vor Ort in Bürgerkriegsländern? Zum Beispiel hätte

„Die Hamburger Flüchtlingsintegration läuft gegen die Wand“

DR. BERND BAUMANN

dies über einer halben Million Menschen in den Herkunftsländern helfen können – in gut ausgestatteten Schutz- und Entwicklungszonen, wie dies Österreichs Außenminister vorschlug.“

Für die vom Senat nun gewollte gesellschaftliche Integration fast aller müsse aber zunächst mal die Integration in den Arbeitsmarkt gelingen. Baumann glaubt nicht, dass man die 60.000 Migranten aus dem Orient und Afrika in Hamburg in Lohn und Brot bringen könne. Wenn überhaupt, dann allenfalls in überwiegend schlecht bezahlte Hilfsarbeiterjobs – als Un- oder Angelernte in Branchen wie Gastronomie und Gebäudereinigung bis hin zu Leih- und Lagerhilfsarbeit. Diese Jobs aber seien hart umkämpft, längst übersteige die Nachfrage das Angebot. „Wir haben bereits 50.000 Hamburger, die schon vor der Flüchtlingswelle so lange arbeitslos waren, dass sie Hartz IV bezogen. 60 Prozent von denen haben bereits einen Migrationshintergrund“, sagt Baumann. Diese lebten oft schon lange bei uns, inklusive Schule und Berufsausbildung. Baumann: „Wie soll die Integration in Lohn und Arbeit zehntausender Neuankömmlinge gelingen, die teilweise nicht mal lesen und schreiben können, wenn dies bei vielen Migranten nicht gelang, die bei uns aufwuchsen?“

Die Forderungen der AfD-Fraktion:

- *Ausreisepflicht abgelehnter Asylbewerber durchsetzen*
- *Aktive Rückkehrpolitik, wo dies asylrechtlich möglich ist – statt Integration sofort für fast alle*
- *Strikte Einreisebegrenzung an deutschen Grenzen (gemäß Dublin III)*
- *Kriminalität und Identitätsverschleierung muss strikte Folgen für Asylverfahren und Aufenthalt haben*

Hamburger Medien: Bericht oder Meinung?

AfD-Fraktion wünscht sich von den Hamburger Medien weniger vorgefasste Meinungen

Als die AfD-Fraktion im Februar 2015 in die Hamburgische Bürgerschaft einzog, war den damals neuen Abgeordneten klar, dass die Medien in Hamburg die neue Fraktion nicht freundlich behandeln würden, erzählt Fraktionsvorsitzender Prof. Jörn Kruse.

Zunächst sei die AfD-Fraktion in der „medialen Schweigespirale“ gelandet. Und wenn die AfD-Fraktion nicht totgeschwiegen worden sei, „dann gab es fast nur negative Berichterstattung“. Ein peinlicher Höhepunkt des AfD-Bashings: Jürgen Heuer, NDR-Journalist und Vorsitzender der Landespressekonferenz äußerte am Neujahrsempfang 2016 offen sein Missfallen über das AfD-Ergebnis bei der Bürgerschaftswahl. Anschließend zeigte die Landespressekonferenz in einem als Satire bezeichneten Filmbetrag: „AfD-Männer des

Nordens, als Models zu hässlich, für Guantanamo zu grausam, wo man auch hinklickt, mehr Haken als Kreuze ... Politik-Prolls von der Alternative für Doofe.“ Prof. Jörn Kruse: „Wem fällt so ein geistloser Unsinn ein, der keinerlei Bezug zum Faktischen hat? Nur jemandem mit übler Absicht, dem die Argumente fehlen.“

Für die AfD-Fraktion war bald klar, dass sie sich bei ihrer Pflicht, die Öffentlichkeit über ihre Arbeit zu informieren, nicht auf die Hamburger Medien verlassen kann. Sie setzt auf eine eigene Öffentlichkeit in den

sozialen Netzwerken. Auf Facebook und Twitter erreicht die AfD-Fraktion regelmäßig hunderttausende Menschen, und das ungefiltert. Heute hat die AfD-Fraktion die meisten Facebook-Fans aller Hamburger Fraktionen.

Mehr als zwei Jahre nach dem Einzug in die Bürgerschaft haben sich einige Hamburger Medienvertreter an die AfD-Fraktion gewöhnt, „wohl auch, weil wir unermüdlich zeigen, dass wir eine konstruktive Politik für Hamburg machen“, so Kruse. Trotzdem bleibt „weniger Voreingenommenheit“ bei den Journalisten der Hansestadt ein Wunsch der AfD-Fraktion für die Zukunft.

MITMACHEN UND GEWINNEN • DAS HAMBURG-QUIZ

Abendessen zu gewinnen!

Wie gut kennen Sie Ihre Heimatstadt?

Machen Sie mit bei unserem Hamburg-Quiz! Zu gewinnen gibt es:

Drei Abendessen für jeweils 2 Personen gemeinsam mit einem Fraktionsvorsitzenden der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft. Erleben sie Hamburger Politik aus erster Hand, und gewinnen Sie einen Einblick hinter die Kulissen des Hamburger Politikbetriebs.

Die richtigen Lösungen können Sie bequem auf unserer Website eingeben:

<https://uns-hamburg.de/Quiz>

oder per Mail schicken an:

presse@afd-fraktion.hamburg.de

Betreff: Hamburg-Quiz

oder per Post an:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft
Stichwort: Hamburg-Quiz
Schmiedestraße 2
20095 Hamburg

Es entscheidet das Los.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die AfD-Fraktion wünscht viel Glück.

1 Aus wie vielen Stadtteilen besteht Hamburg?

99 | 110 | 104

2 Was ist der höchste Kirchturm der Stadt?

St. Michaelis | St. Nikolai | St.-Petri-Kirche

3 Wann wurde die Hamburger Börse eröffnet?

1871 | 1558 | 1901

4 Wieviel Prozent erreichte die AfD bei der Bürgerschaftswahl 2015?

4,6% | 14,3% | 6,1%

5 Welche Stadt ist Partnerstadt von Hamburg?

Dresden | London | Bordeaux

6 Wie viele Mitglieder hat die AfD-Fraktion in der Bürgerschaft?

7 | 5 | 14

7 Wie viele Hamburger haben einen Migrationshintergrund?

630.000 | 120.000 | 95.000

8 Wann entstand der Vereinsname HSV?

1919 | 1878 | 1887

9 Wann stieg St. Pauli letztmalig in die 1. Bundesliga auf?

2010 | 2001 | 2005

IHR KONTAKT ZUR AFD-FRAKTION IN DER HAMBURGISCHEN BÜRGERSCHAFT:

🏠 AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft
Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg

☎ 040 428 31 - 25 18 (Sie erreichen uns zwischen 9 und 18 Uhr.)

✉ info@afd-fraktion.hamburg.de

💻 afd-fraktion-hamburg.de

📘 facebook.com/afd.fraktion.hamburg

🐦 twitter.com/AfD_Fraktion_HH

📷 instagram.com/afd.fraktion.hamburg/

Sie wollen immer Up-to-date sein und Informationen über die Arbeit der AfD-Fraktion aus erster Hand erhalten? Bestellen Sie hier unseren Newsletter: www.afd-fraktion-hamburg.de/newsletter

IMPRESSUM

UNS HAMBURG

HERAUSGEBER Fraktion der Alternative für Deutschland in der Hamburgischen Bürgerschaft, Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg

VERANTWORTLICH IM SINNE DES PRESSERECHTS Prof. Dr. Jörn Kruse, Fraktionsvorsitzender

TELEFON 040/42831-2476

E-MAIL presse@afd-fraktion.hamburg.de

Diese Zeitung informiert über die Arbeit der AfD-Bürgerschaftsfraktion. Sie darf nicht zu Wahlwerbezwecken verwendet werden.